

Was tun?! Netzwerk

Was ist, was will

der Karl-Liebnecht-Kreis Mecklenburg-Vorpommern?

Zuerst einmal, was er nicht ist: Wir sind kein Sarah-Wagenknecht-Flügel in der LINKEN. Das Reduzieren auf Personen lehnen wir aus guten Gründen ab.

Wohl kritisieren wir den Umgang des Parteivorstandes und der ihm folgenden Landes- und Kreisvorstände mit dieser hochintelligenten und sehr populären Genossin. Wir schätzen ihre Analysefähigkeit und ihre Art, das Ergebnis der Analyse logisch und verständlich darzulegen. Deshalb wenden wir uns unter anderem gegen den Beschluss des Parteivorstandes vom 10.06.23, in dem wir den Versuch sehen, eine unliebsame Kritikerin aus der Partei zu drängen. Dies vielleicht verbunden mit der Hoffnung, Teile der Basis, die die Kritik teilen, gleich mit loszuwerden.

Statt dessen sollten die Fähigkeiten und das hohe öffentliche Ansehen Sahras eingebunden werden in den Kampf der LINKEN.

Mit dem von ihr in ihrem Buch „Die Selbstgerechten“ skizzierten Gesellschaftsmodell, das anzustreben wäre, können wir uns hingegen nicht anfreunden. Statt diesen „Rheinischen Kapitalismus“ ist unser Ziel die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft.

Aber nicht um Sahara soll es hier gehen, sondern um den Karl-Liebnecht-Kreis Mecklenburg-Vorpommern:

Am 05.08.2023 haben ca. 40 Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN den Karl-Liebnecht-Kreis Mecklenburg-Vorpommern gegründet. Zur Zeit sind wir knapp 60 Mitglieder stark. Wir verstehen uns als Genossinnen und Genossen, auch wenn nicht alle KLK-Mitglieder der Partei Die LINKE angehören. Unter uns sind Parteilose, ein Teil davon aus der LINKEN ausgetreten, und Mitglieder befreundeter Organisationen. Hier gibt es auch Überschneidungen.

Was uns eint, ist die Sorge um den Zustand der Partei DIE LINKE und der Umstand, dass von den Verantwortlichen nichts oder zu wenig unternommen wird, um diese Entwicklung aufzuhalten und umzukehren. Viele von uns sind in der DDR groß geworden und dadurch durch Schule, Studium usw. mit der Theorie des „Marxismus-Leninismus“ (wie sie seinerzeit zu Recht genannt wurde) in vielfältiger Form vertraut gemacht worden. Legen sie den Maßstab dieser Theorie an das Handeln unserer gewählten Funktionäre an, stellen sie beachtliche Defizite fest, die diese Sorge berechtigt erscheinen lassen. Wir meinen, dass diese Erscheinung sich zumindest in den ostdeutschen Bundesländern überall beobachten lässt. Die bereits bestehende Spaltung der Partei zieht sich hier als Riss zwischen Basis und Funktionärsapparat hin. Dafür gibt es vielfältige Gründe, deren Diskussion dieses Papier vom Umfang her sprengen würde.

Wir wenden uns gegen eine Spaltung der Partei, die auf eine mittlerweile 160jährige Geschichte zurückblicken kann. Wir wissen, mit welchen Opfern sie geschaffen wurde und durch welche tiefen Täler ihr bisheriger Weg führte. Ihre Existenz ist zu wertvoll, um sie linksliberalen, revisionistischen und opportunistischen Bestrebungen zu opfern. So wollen wir sie, auch in Erfüllung des Vermächnisses von Hans Modrow, nicht denen überlassen, die Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen.

Was fordern wir von unserer Partei und damit von ihrer Führung?

Der zentrale Schwerpunkt unseres Kampfes in der Gegenwart ist der Kampf für den Frieden. Nicht nur der Krieg in der Ukraine, sondern alle Kriege, die zur Zeit offen oder latent geführt werden, müssen beendet werden. Die Gefahr eines weltweiten Krieges war nie so groß wie gegenwärtig.

Für die Ukraine fordern wir eine sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und gleichzeitig eine Unterbindung sämtlicher Waffenlieferungen dahin. Die indirekten Kriegshandlungen in Form von Sanktionen sind damit auch gemeint. Dabei muss der antiimperialistische Charakter des Friedenskampfes gewahrt bleiben und der Anteil der US-Regierung und ihres Instrumentes NATO an der entstandenen Situation beachtet und herausgestellt werden. Wir fordern die Loslösung aus diesem Militärbündnis.

Die ständig zunehmende Militarisierung der Bundesrepublik ist anzuprangern und ihr ist Einhalt zu gebieten. Dies ist sowohl auf Länder- als auch kommunaler Ebene eine ständige Aufgabe. Ein Aufgeben der antimilitaristischen Haltung, etwa mit dem Verweis auf Arbeitsplätze oder auf Grund von Russophobie, die von der internationalen Bourgeoisie und den ihr untertanen Medienkonzernen geschürt wird, darf nicht zugelassen werden! In Mecklenburg-Vorpommern stellen Rostock mit Marine, Arsenal und Luftwaffe, aber auch die Standorte der Rüstungsindustrie wie Wismar und Wolgast dabei Schwerpunkte dar.

Eine Analyse, warum die Wahlergebnisse in der BRD eine für die Partei negative Entwicklung zeigen und bei Fortsetzung des Trends die LINKE aus dem Bundestag und aus vielen Landtagen verschwinden wird, findet schon seit Jahren nicht statt. Entgegen jeder Logik wird auf Sahra Wagenknecht, die ja über ausgezeichnete Popularitätswerte verfügt, verwiesen und diese als Schuldige ausgemacht. Die ihr seit langem unterstellte Absicht, eine neue Partei gründen zu wollen, lässt sich so ohne weiteres nicht belegen, wird jedoch durch die aktuelle Politik der Parteiführung allmählich zu einer sich „selbst erfüllenden Prophezeiung“.

Unsere Kritik richtet sich unter anderem gegen die Überbewertung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in der Politik der Partei mit dem Ziel der Regierungsbeteiligung auf Landes- und Bundesebene. Uns sollte bewusst sein, dass die „moderne Staatsgewalt nur ein Ausschuss“ ist, „der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet“ (Marx/Engels „Manifest der kommunistischen Partei“), also dass Regierungen Elemente des staatlichen Überbaus in der kapitalistischen Gesellschaft darstellen. Eine Beteiligung ist nur im Ergebnis eines sorgfältigen Abwägens dessen, was dabei erreicht werden kann, sinnvoll. Andernfalls verliert die Partei an Profil, wird als Teil des Establishments angesehen.

Ähnlich distanziert gehen wir an die „demokratisch gefassten Beschlüsse“ innerhalb der

Partei heran, deren Einhaltung man von uns stets einfordert, während zum Beispiel ein Bodo Ramelow ungehindert und ungeahndet gegen die Beschlusslage Waffenlieferungen an die Ukraine fordern kann.

Wir wissen sehr wohl, dass man Mehrheiten organisieren kann, wenn man den Apparat beherrscht. (*Die kuwaitische Exilregierung beauftragte seinerzeit eine Agentur damit, die Mehrheit für einen weiteren Golf-Krieg in dem entsprechenden Ausschuss des US-Kongresses zu organisieren. Diese erfand die „Brutkastenlüge“ und George W. Bush konnte in den Krieg ziehen.*) Das Muster, nach dem die recht dürftigen Mehrheiten auf dem letzten Parteitag erzielt wurden, erinnern erschreckend an das historische Beispiel der „Brutkastenlüge“. Auch J. W. Stalin erkannte sehr schnell, nachdem er die Funktion des Generalsekretärs übernommen hatte, welche Macht ihm die Herrschaft über den Apparat brachte.

Der KLK unterstützt deshalb den Antrag, dass Genossinnen und Genossen, die für Funktionen in Partei und Fraktionen kandidieren, die entsprechende Unterstützung in ihrer Basisorganisation nachweisen müssen. Gleichfalls unterstützen wir den immer wieder vorgebrachten Vorschlag, die Anzahl der Delegierten auf Parteitagen, die in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zur Partei im weitesten Sinne stehen, auf ein Drittel zu begrenzen. Damit soll die innerparteiliche Demokratie gestärkt werden.

Mit Sorge beobachten wir, dass sich Defizite in der politischen Bildung immer stärker auf die Politik unserer Partei auswirken und streben an, dass jüngere Genossinnen und Genossen, besonders wenn sie Funktionen in der Partei einnehmen wollen, unbedingt mit Grundkenntnissen in der marxistischen Theorie ausgestattet werden müssen. Dieser Prozess ist durch die gewählten Parteiorgane zu organisieren.

Gleichzeitig ist die kritische Auseinandersetzung mit den Informationen erforderlich, die durch die großen, in Konzernen organisierten Massenmedien gezielt gestreut werden. Das Bewusstsein darüber, dass diese Medienkonzerne objektiv Aufgaben zur Stabilisierung des kapitalistischen Gesellschaftssystems erfüllen, muss geweckt und gestärkt werden. Unter den Bedingungen des Krieges in der Ukraine, in der alle sich von den offiziellen Verlautbarungen unterscheidenden Informationen als „Putin-Propaganda“ oder „Schwurbeleien“ und „Verschwörungserzählungen“ abgetan werden, ist dies besonders wichtig. Das heißt, dass innerhalb der Partei „Gegenmedien“ aufgebaut werden müssen, die die regierungsoffiziellen Narrative analysieren müssen und die Gegenargumente, die der Öffentlichkeit bewusst vorenthalten werden, in der Partei und ihrer Anhängerschaft verbreiten.

Ein besonderes Kapitel ist das Verhältnis der Partei zu unserer Vergangenheit, dem Leben in der DDR und der DDR selbst. Nach 1989 war auch in unserer Partei die Tendenz stark vertreten, soviel wie möglich Distanz zwischen sich und die DDR zu bringen. Es war in der Partei nicht unüblich, sich öffentlich abfällig und negativ zur DDR zu äußern und damit möglichst in Übereinstimmung mit der durch die Medien gesteuerten „öffentlichen Meinung“ zu geraten. Doch die DDR-Gesellschaft kann nicht nur auf Willkür und Unrecht reduziert werden, solche Errungenschaften, wie gesicherte Arbeit, Wohnen zu angemessenen Mieten, hochwertige Bildung für breiteste Bevölkerungsschichten und die Verteidigung des Friedens müssen entsprechend gewürdigt werden!

Unsere Programmatik beinhaltet nach wie vor, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen.

Daraus entsteht ein Widerspruch, der auch durch die Wählerschaft empfunden wird. Eine Partei, die ihr eigenes Ziel ständig kritisiert und verunglimpft, wird nicht als die Partei angesehen, die grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erreichen will.

Zahlreiche Genossinnen und Genossen fühlen sich wegen der oben dargestellten Entwicklung ihrer politischen Heimat beraubt. Viele sind deshalb bereits ausgetreten, andere spielen mit Austrittsgedanken oder ziehen sich einfach ins Privatleben zurück. Diesen allen wollen wir wieder eine Heimstatt bieten, die Möglichkeit, sich ihrer Überzeugung entsprechend in den politischen Kampf einzubringen. Wir hoffen auf diese Weise entsprechende Mehrheiten in der Partei zu schaffen und sie wieder auf einen sozialistischen Kurs zu bringen.

[Beschlossen auf der 2. Tagung des KKK Mecklenburg-Vorpommern am 17.09.2023.]